



Sachstandsmitteilung Nr.:	SM 228 b/2026	Datum:	07.10.2026
Beratungsart:	☒ öffentlich	☐ nicht öffentlich	

Beratungsfolge		
Nr.	Stadtvertretung / Fachausschuss	Sitzungstag
1	x Ausschuss für Soziales, Sport und Kultur	08.10.2026
2	Bildungsausschuss	
3	Ausschuss für Umwelt und Verkehr	
4	Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauwesen	
5	Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, öffentliche Sicherheit und Digitalisierung	
6	Hauptausschuss	
7	Stadtvertretung	

nachrichtlich: Junger Rat

Schluss- und Mitzeichnungen			
	gez. Hansen		gez. Doempke
Bürgermeister	Büroleiterin	Amtsleitung	Sachbearbeitung

1. **TOP: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.10.2026 zum TOP 4 „Kinder –und Jugendbeteiligung stärken“**
2. **Sachstand:** Anliegend wird zum TOP 4 der eingegangene Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Kenntnis und weiteren Beratung gesendet.

- Ende der Sachstandsmitteilung -

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Fraktion Schwentinental

Fraktion Schwentinental

Fraktionsvorsitzender

Vincent Schlotfeldt

Vincent.Schlotfeldt@gruene-kreis-
ploen.de

**Ausschuss für Soziales, Sport
und Kultur**

Benedikt Hoppe

Schwentinental, 6. Oktober 2026

Antrag „Kinder – und Jugendbeteiligung stärken“

Die Verwaltung wird aufgefordert, Kinder und Jugendliche systematisch und verbindlich in Entscheidungsprozesse einzubeziehen, die explizit ihre Lebenswelten betreffen.

Hierzu wird festgelegt:

1. Bei allen relevanten Maßnahmen und Projekten ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen verpflichtend zu prüfen und umzusetzen.
2. Es sind jeweils geeignete Beteiligungsformate zu finden, dies kann unter anderem über den Jungen Rat erfolgen, aber auch um die Beteiligung einzelner Nutzergruppen.
3. Bei Themen, die Kinder und Jugendliche betreffen, wird seitens der Verwaltung berichtet, wie die Beteiligung stattgefunden hat und mit welchen Ergebnissen. In Themen, die nicht regulär durch Sachstandsmitteilungen oder Beschlussvorlagen der Selbstverwaltung vorgelegt würden, ist im Ausschuss für Soziales, Kultur und Sport zu berichten.

Begründung:

Eine lebendige Demokratie erfordert, dass Kommunen als politische Lernorte fungieren und jungen Menschen echte Selbstwirksamkeit ermöglichen. Damit Beteiligung nicht symbolisch bleibt, muss sie als Querschnittsaufgabe fest in der Verwaltung verankert werden. Nur so wird sichergestellt, dass die tatsächlichen Nutzer*innengruppen – also die Kinder und Jugendlichen selbst – die Gestaltung ihrer Lebenswelten aktiv mitbestimmen.

Die Nutzung des Jungen Rats als kommunales Jugendparlament

sowie ergänzender dialogischer Formate stärkt die repräsentative Demokratie und sichert eine gleichberechtigte Teilhabe . Die geforderten Berichte schaffen die notwendige Transparenz und macht die Berücksichtigung junger Perspektiven für die Selbstverwaltung überprüfbar.

Gezeichnet Vincent Schlotfeldt, Benedikt Hoppe